

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Früherer EU-Kommissar droht, Bundestagswahl zu annullieren: „Wir haben es in Rumänien getan“](#)
2. [Die unerträgliche Doppelmoral der Schuldenbremse](#)
3. [„Beim Bürgergeld nachzuschärfen ist total kontraproduktiv“](#)
4. [„Make Love, Not War!“ - oder: Auf der Suche nach Friedensfrechheit](#)
5. [„Deutschland raus aus der Nato“? Und schon war die Webseite gehackt!](#)
6. [Nie wieder heißt: US-Raketen stoppen!](#)
7. [Bundeswehr stellt neue Division für Heimatschutz auf](#)
8. [Baerbock warnt vor Halbierung der deutschen Ukraine-Waffenhilfe](#)
9. [Trump stellt das Projekt „Greater America“ vor](#)
10. [Wie die USA sich in der Ukraine selbst sanktioniert haben](#)
11. [Kann Trump Amerika vor sich selbst retten?](#)
12. [Israels Krieg in Gaza forderte wohl schon über 200'000 Tote](#)
13. [Israelischen Soldaten droht im Ausland Anklage](#)
14. [Immer noch eine Schippe mehr](#)
15. [Oxfam: Superreiche sprengen Klimabudget](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Früherer EU-Kommissar droht, Bundestagswahl zu annullieren: „Wir haben es in Rumänien getan“**

Der ehemalige französische EU-Kommissar Thierry Breton hat eine mögliche Absage der Wahlen in Deutschland wegen Elon Musks Einmischung ins Spiel gebracht. Breton verwies auf den rumänischen Präzedenzfall, um eine mögliche Annullierung der

Ergebnisse der deutschen Wahlen zu provozieren.

Dabei gab er indirekt zu, dass die EU für die Absage der Wahlen in Rumänien verantwortlich war. Bei einem Interview mit dem französischen Fernsehsender RMC sagte er: „Bewahren wir einen kühlen Kopf und setzen wir die Gesetze in Europa durch. Wenn die Gefahr besteht, dass sie umgangen werden, und wenn sie nicht durchgesetzt werden, könnte dies zu Einmischung führen.“ Seinen Worten zufolge könne demnach auch eine Annullierung der Wahlergebnisse in Deutschland nicht ausgeschlossen werden: „Wir haben es in Rumänien getan und wir werden es offensichtlich, falls nötig, auch in Deutschland tun müssen.“

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung unserer Leserin E.M.: *Es wird immer verrückter...*

Anmerkung Christian Reimann: *Ein ehemaliger EU-Kommissar hat wohl kaum die Kompetenz, eine Bundestagswahl annullieren zu können. Aber die Aussagen drücken das Demokratieverständnis des Herrn Breton, [der auch die senegalesische Staatsbürgerschaft besitzt](#), ziemlich gut aus. Ähnlich hatte sich auch die frühere Bundeskanzlerin Merkel nach einer Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen geäußert. Wenn das Ergebnis nicht gefällt, müssen rasch Änderungen her. Toller Wertewesten.*

dazu auch: **Merz verknüpft Ablehnung einer AfD-Kooperation mit eigener Zukunft als CDU-Chef**

Mit deutlichen Worten hat CDU-Chef und Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz erneut eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen. »Ich wiederhole es hier zum Mitschreiben. Eine Zusammenarbeit unter meiner Führung wird es mit der CDU in Deutschland nicht geben«, sagte Merz in den ARD-»Tagesthemen«. Die Gründe seien klar und offensichtlich: »Wir arbeiten nicht mit einer Partei zusammen, die ausländerfeindlich ist, die antisemitisch ist, die Rechtsradikale in ihren Reihen, die Kriminelle in ihren Reihen hält, eine Partei, die mit Russland liebäugelt und aus der Nato und der Europäischen Union austreten will.«

Merz fügte hinzu: »Wenn wir das machen würden, wir würden die Seele der CDU verkaufen.« Er habe nicht die Absicht, dies zu tun. Dafür stehe er mit seinem Wort als Friedrich Merz und Parteivorsitzender. Auf die Nachfrage, ob er dieses Versprechen halten könne, antwortete Merz: »Ja, ich halte das. Ich knüpfe mein Schicksal als Parteivorsitzender der CDU an diese Antwort.«

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Vielleicht unterschätzt der CDU-Bundesvorsitzende*

den Willen seiner Parteimitglieder zur Macht. Der Wunsch, Spitzenpolitiker der eigenen Partei auf den Regierungsplätzen zu sehen, könnte größer sein als am Parteivorsitzenden Merz festzuhalten. Österreich könnte als Vorbild dienen.

2. **Die unerträgliche Doppelmoral der Schuldenbremse**

Die schweizerische Schuldenbremse gilt als Erfolgsmodell. Bei genauerem Hinsehen ist die «Schuldenbremse» jedoch voller Widersprüche. Ist die «Schuldenbremse» wirklich das Allheilmittel, als das sie oft dargestellt wird?

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu auch: **Marode Sportstätten schränken Sportangebot ein**

Wegen des schlechten baulichen Zustands von Sporthallen und Schwimmbädern müssen vier von zehn deutschen Kommunen einzelne Angebote ausfallen lassen. Das geht aus einer Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hervor, über die die Zeitungen der Funke Mediengruppe berichten. Demnach befürchten zudem 36 Prozent der Kommunen, dass sie ihr Angebot wegen maroder Hallen oder Bäder in den kommenden Jahren reduzieren müssen.

Mehr als die Hälfte (59 Prozent) der für die Studie befragten Städte, Gemeinden und Landkreise gab demnach an, dass der Investitionsrückstand bei Sporthallen "gravierend" oder "nennenswert" sei, bei Hallenbädern sogar 62 Prozent. Sollte sich die Lage nicht bessern, müssten Kommunen in den kommenden drei Jahren fast jedes siebte Hallenbad (13,4 Prozent) und jedes sechste Freibad (15,9 Prozent) schließen. Die desolaten Zustände sind auf Länderebene schon mehrfach angemahnt worden. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) bezeichnete die Entwicklung gegenüber den Funke-Zeitungen als "dramatisch".

Quelle: [Zeit Online](#)

3. **„Beim Bürgergeld nachzuschärfen ist total kontraproduktiv“**

Etwa 12 Millionen Menschen in Deutschland gelten als armutsgefährdet. Welche Instrumente für eine nachhaltige Bekämpfung nötig sind und warum die sinkende Quote irreführend ist, erklärt Armutsforscher Dr. Kai Marquardsen von der FH Kiel. (...)

Das heißt, wenn Parteien oder Politiker fordern, man müsste beim Bürgergeld die Bedingungen verschärfen, dann ist das für die Armutsbekämpfung eigentlich der falsche Weg?

Es ist total kontraproduktiv. Denn die Frage ist doch, wie können wir Menschen dazu

verhelfen, handlungsfähig zu werden in ihrem Leben. Es hat überhaupt keine nachhaltige Wirkung, Menschen zu Dingen zu zwingen, von denen sie gar nicht selber überzeugt sind, die sie gar nicht wollen. Das heißt, der Weg müsste doch sein, eine Handlungsermächtigung für Menschen zu schaffen, sodass diese selbstbestimmt handlungsfähig werden können. Und dazu braucht es nicht Zwang, sondern dafür braucht es vielmehr eine Politik der Ermöglichung.

Quelle: [RND](#)

4. **„Make Love, Not War!“ - oder: Auf der Suche nach Friedensfrechheit**

Die Friedensbewegung ist in ihrer jetzigen Erscheinungsform - vergreist und im Ritualismus erstarrt - nicht zukunftsfähig. Täubchen und über vier Jahrzehnte alte Parolen sind kaum geeignet, jüngere Menschen hinterm Ofen hervorzulocken. Benötigt werden wieder Geist, Charme, Witz, Esprit - kurz: Friedensfrechheit! Es war auf der letzten bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober vergangenen Jahres in Berlin. Die Teilnehmer näherten sich der zentralen Abschlusskundgebung an der Siegessäule sternförmig auf unterschiedlichen Routen. Meine startete an der Rathenowerstraße/ Ecke Altmoabit. Die Anzahl der versammelten Menschen war überschaubar: Vielleicht vier- bis fünftausend. Und erdrückend dominiert von der ‚Generation 60 plus‘. Wir latschten im Schritt-Tempo, ich unterhielt mich mit ein paar Bekannten - und dann geschah es.

Quelle: [Leo Ensel auf Globalbridge](#)

dazu: **Gespräch mit dem Konfliktforscher Leo Ensel: „Diese Friedensbewegung hat keine Zukunft“**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

5. **„Deutschland raus aus der Nato“? Und schon war die Webseite gehackt!**

„Deutschland raus aus der Nato!“: Das forderte der Autor Fred Schumacher auf einer eigens für das Anliegen aufgebauten Webseite. Aber nicht lange ...

Im Interview mit Marcus Klöckner berichtet Schumacher davon, was passierte, als die Webseite an den Start ging. Innerhalb weniger Stunden wurde sie gehackt, so Schumacher. Was ist da passiert? Schumacher, der gerade das Buch Waffen für die Welt: Rheinmetall und das Geschäft mit dem Krieg veröffentlicht hat, erzählt was seiner Seite widerfahren ist.

Quelle: [Marcus Klöckner in Overton Magazin](#)

6. **Nie wieder heißt: US-Raketen stoppen!**

80 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg steht die Welt am Abgrund eines Dritten Weltkrieges, stehen deutsche Soldaten gegen die Befreier von damals in Litauen, werden Kinder und Jugendliche im Land der Täter zur Kriegstüchtigkeit

erzogen. Und warum? Aus historischer Verantwortung.

Quelle: [unsere zeit](#)

7. **Bundeswehr stellt neue Division für Heimatschutz auf**

Die Bundeswehr soll die Infrastruktur in Deutschland oder auch einen potentiellen Aufmarsch Verbündeter besser absichern können. Deshalb wird dafür ein vierter Großverband des Heeres gegründet: die "HSchDiv", wie sie militäertypisch abgekürzt heißt - die Heimatschutzdivision.

Die bereits vorhandenen Heimatschutzkräfte sind bisher dem Landeskommando unterstellt - zum 1. April gehören sie dann zum Heer. Die künftige Division werde aus Reservisten und aktiven Soldaten bestehen und einer einheitlichen Führung unterstellt, sagte ein Sprecher des Heeres der Deutschen Presse-Agentur. Sie werde also teilaktiv sein

Quelle: [BR24](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Verrückte Zeiten. Das vor vielen Jahren geforderte und eingeführte Konzept der Bundeswehr im Inneren greift auf immer mehr gesellschaftlich-zivile Sektoren zu. Während der merk-würdigen Coronazeit ist das bereits zu beobachten gewesen. Die Bundeswehr soll im Alltag präsent sein. Das ist Teil der Forderung nach mehr Kriegstüchtigkeit. Bitte lesen Sie dazu z.B. auch bzw. erneut:*

- a. [Ein weiterer Tabubruch: Bundesverfassungsgericht lässt den bewaffneten Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu](#)
- b. [Paul Schreyer zu Covid-19: „Es ist an der Zeit, die Notbremse zu ziehen“](#)

8. **Baerbock warnt vor Halbierung der deutschen Ukraine-Waffenhilfe**

Bundeskanzler Olaf Scholz blockiert weitere Waffen für die Ukraine. Außenministerin Annalena Baerbock warnt nun vor den Konsequenzen der Entscheidung. Diese wirke sich auch auf Deutschlands Sicherheit aus. (...)

Eigentlich soll es beim Treffen von Spitzendiplomaten in Saudi-Arabiens Hauptstadt Riad um die Zukunft Syriens gehen. Deutschlands Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat bei der Zusammenkunft allerdings noch ein weiteres Thema im Gepäck. (...)

»Das bedeutet dann natürlich auch, dass die Ukraine sich weniger gut selbst verteidigen kann und damit weniger gut uns schützen kann«, sagte Baerbock auf SPIEGEL-Nachfrage in Riad.

Die militärische Unterstützung der Ukraine sei »der beste Schutz für unsere eigene Sicherheit in Europa und für unsere Sicherheit in Deutschland«.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung Christian Reimann: Insbesondere Frau Baerbock hält an ihrer Ukraine-Hilfe fest – [egal, was die deutschen Wähler denken](#). Wie sie sich selbst auf Deutschlands Sicherheit auswirkt, erkennt sie offensichtlich nicht. Vor allem sie und ihr Bündnis- und Minister-Kollege Habeck betreiben im Grunde genommen eine antideutsche Politik. Christian Kreiß hatte bereits vor über zwei Jahren gefragt, [ob sie Auftragskiller des deutschen Mittelstandes sind](#).

dazu: **Wie Baerbock in Syrien vor der Al-Qaida katzbuckelt**

Die neue syrische Regierung der islamistischen Gruppe Haiat Tahrir asch-Scham (HTS), die aus dem syrischen Ableger der Al-Qaida hervorgegangen ist, wird vom Westen, der sie zuvor jahrelang unterstützt hat, nun umworben, weil sie sicherstellen soll, dass die russischen Militärstützpunkte aus Syrien verschwinden. Moral muss mal wieder hinter Geopolitik zurückstehen.

Das zeigte besonders Bundesaußenministerin Baerbock, die ihr Amt immerhin mit dem Versprechen angetreten ist, eine „feministische Außenpolitik“ machen zu wollen. Sie hat nie erklären müssen, was genau das sein soll, denn Grünen-Wähler und deutsche Mainstream-Journalisten stellen keine kritischen Nachfragen, sondern sind von derartigen, sinnfreien und inhaltsleeren Worthülsen ganz begeistert.

Quelle: [Anti-Spiegel](#)

9. Trump stellt das Projekt „Greater America“ vor

Panama-Kanal, Grönland, Kanada – Trumps Priorisierung der Kontrolle der USA über die westliche Hemisphäre ist offensichtlich. (...)

Europäer, die wegen der Präsidentschaft Trumps bereits nervös sind, werden in seinen Äußerungen eine gewisse Distanziertheit erkennen. Er äußerte sich sachlich zur NATO und kritisierte die rücksichtslose Ausdehnung des Bündnisses bis vor die Haustür Russlands. Er rechnet damit, mit Präsident Putin einen Deal zu machen. Die Europäische Union hat Grund zur Sorge.

Quelle: [M. K. Bhadrakumar in Seniora.org](#)

dazu: **Donald Trump: Russland wollte die Nato nicht vor der Haustür**

Trump kritisiert Biden, weil dieser einen Nato-Beitritt der Ukraine nicht ausgeschlossen habe. Der Krieg sei vermeidbar gewesen.

Ukrainische und westliche Medien reagierten irritiert. Der britische «Guardian» schrieb, Trump «sympathisiere» mit der russischen Position. Die ukrainische Online-Zeitung «Kyiv Independent» titelte: «Russland hat die Ukraine nicht wegen der Nato überfallen». Trumps Behauptung sei «von der Realität weit entfernt». Denn Präsident Biden habe eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine «nie offiziell unterstützt».

«Kyiv Independent» weiter: «Als Russland die Ukraine im Jahr 2014 überfiel, gab es keine Gespräche über einen Beitritt zur Nato.» (Gemeint ist wohl die rechtswidrige Sezession der Krim.) Unter dem «prorussischen» Präsidenten Viktor Janukowitsch, der das Land zwischen 2010 und 2014 regierte, sei die Vorbereitung des Landes auf die Nato-Mitgliedschaft eingestellt worden. Laut Umfragen hätten vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Jahr 2014 nur etwas mehr als 20 Prozent der Bevölkerung des Landes einen Nato-Beitritt unterstützt.

Quelle: [Infosperber](#)

10. **Wie die USA sich in der Ukraine selbst sanktioniert haben**

Die Beschlagnahmung von russischen Vermögenswerten durch die USA hat den USA nach Expertenmeinung mehr geschadet als Russland. Das gilt umso mehr für die EU und den Euro, denn die USA haben nur einige Milliarden russischer Vermögen beschlagnahmt, während die EU hunderte Milliarden beschlagnahmt hat.

Die Welt der internationalen Geldanlagen basiert auf Vertrauen. Solange die weltweiten Anleger in die Stabilität und Zuverlässigkeit einer Währung vertrauen haben, bleibt sie stabil und als Reserve- und Handelswährung gefragt. Schwindet dieses Vertrauen, sehen sich Anleger und Händler nach Alternativen um.

Der Schritt des US-geführten Westens, die im Westen liegenden russischen Vermögenswerte erst einzufrieren und nun offen zu beschlagnahmen, hat den westlichen Währungen Dollar und Euro einen schweren Schlag zugefügt. Das haben Experten vorausgesagt und auch auf dem Anti-Spiegel habe ich darüber immer wieder berichtet.

Quelle: [Anti-Spiegel](#)

11. **Kann Trump Amerika vor sich selbst retten?**

Der russische Außenminister Lawrow wies letzte Woche die von Team Trump vorgelegten Friedensvorschläge für die Ukraine als unbefriedigend zurück. Im Wesentlichen ist die russische Sichtweise, dass die Forderungen nach einem eingefrorenen Konflikt genau am Thema vorbeigehen: Aus russischer Sicht sind solche Ideen - eingefrorene Konflikte, Waffenstillstände und Friedenstruppen - nicht annähernd als die Art von vertragsbasiertem „Big Picture“-Deal zu bezeichnen, für den sich die Russen seit 2021 einsetzen.

Ohne ein nachhaltiges, dauerhaftes Ende des Konflikts werden sich die Russen lieber auf ein Ergebnis auf dem Schlachtfeld verlassen - selbst auf die Gefahr hin, dass ihre Weigerung zu einer anhaltenden Eskalation - sogar zu einem nuklearen - Risiko für die USA führt.

Quelle: [Alastair Crooke in Seniora.org](#)

12. **Israels Krieg in Gaza forderte wohl schon über 200'000 Tote**

Die Angaben von Gazas Gesundheitsbehörden sind massiv untertrieben. Das berichtet die medizinische Fachzeitschrift «The Lancet». (...)

Fünf Wissenschaftler haben jetzt am 9. Januar 2025 in «The Lancet» die Todeszahlen so akribisch wie möglich eruiert. Sie kommen zum Schluss, dass der israelische Vergeltungskrieg in Gaza im Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis Ende Juni 2024 insgesamt 64'260 Todesfälle infolge kriegstraumatischer Verletzungen gefordert hat. Fast 60 Prozent davon seien Kinder, Frauen und Betagte im Alter von über 65 Jahren gewesen.

Die Gesundheitsbehörde gab die vergleichbare Zahl bis Ende Juni 2024 mit 37'877 an. Zu den 64'260 Todesfällen, welche die kriegserischen Auseinandersetzungen auf palästinensischer Seite forderten, kommen noch alle indirekten Kriegsoffer dazu, die wegen Hungers, Erschöpfung, Unterernährung, Epidemien, fehlender medizinischer Hilfe usw. gestorben sind.

Quelle: [Infosperber](#)

dazu auch: **Dr. Abu Safiya symbolisierte die Menschlichkeit in Gaza. Israel und der Westen zerstören sie**

Israel rottet „die Terroristen“ nicht aus. Es verwandelt Gaza in eine Wüste, eine Höllenlandschaft, wo es keine Ärzte mehr gibt, Hilfskräfte nur noch eine Erinnerung sind und Mitgefühl eine Belastung darstellt.

Quelle: [Jonathan Cook in Antikrieg](#)

13. **Israelischen Soldaten droht im Ausland Anklage**

Nach dem Wehrdienst verreisen junge Israelis gerne ins Ausland in die Ferien. Jetzt warnen ihre Behörden vor dieser Tradition.

Unbekümmerte Ferien im Ausland haben sich viele israelische Soldaten selbst verscherzt. Diese Angehörigen der Israel Defence Force (IDF) waren sich nicht zu schade, ihr verstörendes Benehmen während ihrer Fronteinsätze im Gazastreifen mit Fotos und Videos festzuhalten und diese in den Social Media zu posten. Der Fernseh-Nachrichtensender Al Jazeera hat schon früh im Jahr 2024 angefangen, solche Beispiele zu sammeln und in Dokumentationen auszustrahlen.

Gegen einen israelischen Reservesoldaten hat kürzlich ein Bezirksgericht in Brasilien ein Verfahren eingeleitet.

Quelle: [Infosperber](#)

dazu: **Israelischer Soldat flüchtet aus Brasilien, ihm drohte Anklage wegen Kriegsverbrechen**

Das Bundesgericht in Brasília hat die Polizei zu Ermittlungen gegen einen israelischen

Soldaten wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen in Gaza aufgefordert. Der 21-jährige Soldat war für Urlaub nach Brasilien gereist. Inzwischen ist der Beschuldigte jedoch außer Landes.

Quelle: [amerika21](#)

dazu auch: **Chile: Israelischem Soldaten droht Verhaftung wegen Kriegsverbrechen**

Eine Anwaltsgruppe in Chile fordert die sofortige Verhaftung des israelischen Soldaten Saar Hirshoren, der in Patagonien ausfindig gemacht wurde. Er soll an der Sprengung von Wohngebäuden im Gazastreifen beteiligt gewesen sein. Dies gilt nach internationalem Recht als Kriegsverbrechen.

Quelle: [amerika21](#)

14. **Immer noch eine Schippe mehr**

Kapital und Meinungsmacht: X-Chef Musk wirbt für äußerste Rechte, um Deregulierung und Staatsumbau voranzutreiben (...)

Für die Bosse der US-Techbranche steht in den nächsten Jahren vor allem zweierlei an: rasante Vorstöße auf dem Feld der künstlichen Intelligenz (KI) und der Versuch, zugleich bei den Kryptowährungen Durchbrüche zu erzielen. Um damit schneller vorwärtszukommen – dies, nebenbei, in Konkurrenz zum boomenden Techsektor in China –, dringen zahlreiche Silicon-Valley-Unternehmer auf eine weitreichende Deregulierung ihrer Branche, vor allem bei KI und Krypto. Die US-Demokraten verweigern dies; Trump jedoch ist dazu bereit. Als Symbol, mit dem für die Deregulierung geworben wird, kann der jüngst von Facebook beschlossene Verzicht auf regulierende Faktenchecker gelten, die eine gewisse politische Kontrolle im Sinne der herrschenden Eliten ermöglichten.

Quelle: [junge Welt](#)

15. **Oxfam: Superreiche sprengen Klimabudget**

Um die globale Erwärmung wie im Pariser Abkommen vorgesehen auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen und so die schlimmsten Szenarien für den Klimawandel noch zu verhindern, darf der Atmosphäre nur noch eine sehr geringe Menge an Treibhausgasen zugeführt werden. Wenn man das verbliebene Treibhausgasbudget gleich auf alle Menschen verteilt, ergäben sich für 2030 maximal jährlich 2,1 Tonnen Kohlendioxid pro Kopf an noch verträglichen Emissionen weltweit. Diese Grenze hat das reichste Prozent der Weltbevölkerung bereits nach zehn Tagen erreicht. Ab dem 11. Januar plündern die Reichen und Superreichen die Treibhausgasbudgets der übrigen Weltbevölkerung. Demgegenüber bräuchte ein Mensch der ärmsten Hälfte der Weltbevölkerung für seinen Anteil fast drei Jahre (1.022 Tage).

Quelle: [junge Welt](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Neue Oxfam-Analyse zeigt, wie Superreiche den Klimawandel vorantreiben](#) mit einer Anmerkung.

dazu auch: **Die Könige der Geld-Elite pfeifen auf das Klima**

Blackrock, der mächtigste Investor der Welt, der die schier unglaubliche Summe von 11,5 Billionen US-Dollar in Firmenanteile und Wertpapiere aller Art investiert (zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands betrug 2023 4,1 Billionen Euro, also deutlich weniger als die Hälfte), hat seine Verantwortung für die Zukunft des Planeten auf ein Minimalmaß reduziert. Die Hoffnung, die Könige der Geld-Elite würden den Erhalt der Lebensgrundlagen auf der Erde vor die kurzfristige Maximierung ihres jährlichen Bonus' stellen - perdu.

In dieser Woche verschickte Blackrock einen Brief an wichtige Kunden. Man werde die Interessengruppe Net Zero Asset Managers verlassen. Die NZAM versammelt große Investoren mit dem offiziellen gemeinsamen Ziel, mit ihren Abertrillionen den Ausstoß klimaschädlicher Emissionen bis spätestens 2050 auf Null zu drücken. Geld sollte die Welt in eine klimaschützende Zukunft hineinregieren.

Quelle: [RND](#)

Anmerkung Christian Reimann: Deutlich wird auch, dass hinter der Politik gegen den angeblich menschengemachten Klimawandel insbesondere mächtige und finanzstarke Interessen aus den USA stecken. Etliche Parteien in Deutschland - vor allem die Grünen, aber nicht lediglich sie alleine - haben sich diesen Interessen angedient.